

Niederschrift SOZ/014/2023

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Sozialausschusses
der Stadt Rheine
am 19.04.2023

Die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Gertrud Hovestadt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ratsmitglied/Vorsitzende

Mitglieder:

Herr Til Beckers	CDU	Ratsmitglied (bis 18:36 Uhr - TOP 9)
Frau Simone Berkmann	CDU	Sachkundige Bürgerin
Frau Evelyn Eggenkämper	BfR	Sachkundige Bürgerin
Frau Melanie Ehrhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Annette Floyd-Wenke	DIE LINKE	Ratsmitglied
Herr Udo Hewing	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied
Frau Nina Homann-Eckhardt	CDU	Ratsmitglied
Frau Yvonne Köhler	SPD	Ratsmitglied
Herr Hans-Hermann Kwiecinski	SPD	Sachkundiger Bürger (bis 18:49 Uhr - TOP 9)
Frau Tatjana Lücke	SPD	Sachkundige Bürgerin (bis 19:12 Uhr - TOP 11)
Herr Tobias Mersch	CDU	Sachkundiger Bürger
Frau Elisabeth Meyer	CDU	Sachkundige Bürgerin
Herr Manoharan Murali	SPD	Ratsmitglied/2. Stellv. Vorsitzender
Herr Rainer Ortel	UWG	Ratsmitglied
Herr Friedrich Theismann	CDU	Sachkundiger Bürger

beratende Sachkundige Einwohner:

Herr Johannes-Michael Bögge		Sachkundiger Einwohner f. Familienbeirat (bis 19:06 Uhr - TOP 11)
Frau Emine Dursun	SPD	Sachkundige Einwohnerin f. Integrationsrat (bis 19:22 Uhr - TOP 12)
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Sophia van Es		Sachkundige Einwohnerin f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Frau Margret Borkmann	FDP	Vertretung für Herrn Jörg Lewinski
Herr Andree Hachmann	CDU	Vertretung für Herrn José Azevedo
Herr Jens Krage	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Frau Petra Gaasbeek
Herr Tobias Rennemeier	CDU	Vertretung für Herrn Alexander Burmeister
Herr Holger Wortmann	CDU	Vertretung für Frau Birgitt Overesch (bis 19:08 Uhr - TOP 11)

Verwaltung:

Herr Raimund Gausmann		Beigeordneter
Frau Wiebke Gehrke		Leiterin Fachbereich 8
Frau Lena Ellenberger		Sozialplanerin
Frau Christa Heufes		PV Team Begleitung und Beratung von Zuwanderern (bis 18:12 Uhr - TOP 8)
Herr Christoph Isfort		Geschäftsführer - Wohnungsgesellschaft Rheine GmbH (Vortrag TOP 9 - bis 18:49 Uhr)
Herr Stefan Jüttner-von der Gathen		Stabsstelle Sozialdezernat
Herr Siegfried Müller		Geschäftsführer - Wohnungsgesellschaft Rheine GmbH (Vortrag TOP 9 - bis 18:49 Uhr)
Frau Annette Wiggers		Jugendamtsleiterin
Frau Andrea Atrott		Schriftführerin

Gäste:

Herr Dustin Abendroth

WohnBund-Beratung NRW
GmbH, Bochum
(Vortrag – TOP 8)

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr José Azevedo	CDU	Ratsmitglied/1. Stellv. Vorsitzender
Herr Alexander Burmeister	CDU	Ratsmitglied
Frau Petra Gaasbeek	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundige Bürgerin
Herr Jörg Lewinski	FDP	Sachkundiger Bürger
Frau Birgitt Overesch	CDU	Ratsmitglied

Frau Dr. Hovestadt eröffnet die heutige Sitzung des Sozialausschusses der Stadt Rheine.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. SOZ/013/2023 über die öffentliche Sitzung am 16.03.2023

Es gibt weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche.

2. Informationen der Verwaltung

Herr Gausmann informiert, dass in dem gestern stattgefundenen „Runden Tisch Pflege“, der halbjährlich stattfindet, der hohe Druck im Personalbereich und der Platzzahl erkennbar geworden sei. In der Sozialausschusssitzung am 31. Mai 2023 erhoffe sich die Verwaltung im Kontext des Sozialberichtes Senioren einen Auftrag zu erhalten, um mit den Pflegeeinrichtungen die stationären und ambulanten Übergänge gemeinsam abbilden zu können. Im Rahmen eines Workshops solle geschaut werden, ob und wie die eine oder andere Versorgungssituation für Seniorinnen und Senioren – ohne in die Zuständigkeitsregelungen der kassenärztlichen Vereinigung oder Pflegekasse eingreifen zu wollen – realisiert werden könne.

Vorgestern habe der „Runde Tisch Wohnen“ getagt. Die teilgenommenen Institutionen hätten leider noch kein Datum für einen Spatenstich einer Einrichtung mitteilen können. Mit der Beant-

wortung der Frage, wie in Rheine ausreichend Wohnraum, insbesondere für Menschen mit intellektuellen Beeinträchtigungen, geschaffen werden könne, seien sie nicht weitergekommen. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe habe deutlich darauf hingewiesen, dass es diese zu deckenden Bedarfe gibt. Für die Realisierung der Betreuungsstruktur der wichtige Hinweis, dass es die 8er- oder 12er-Regelung nicht mehr gebe, sodass zwei 12er-Einrichtungen nebeneinander gebaut werden könnten. Gemeinsam mit den Trägern und dem Landschaftsverband Westfalen-Lippe sei vereinbart worden, dass der „Runde Tisch Wohnen“ erst wieder tagen werde, wenn konkrete Planungen vorliegen würden.

Die Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21. März 2023 zur „Entwicklung der Anzahl und der Bearbeitung von Wohngeldanträgen“ werde zusammen mit der heutigen Beantwortung der Niederschrift (**Anlage 1 und 2**) beigefügt.

Herr Hewing bezieht sich auf die Aussage von Herr Gausmann zu dem Thema Wohnen für Menschen mit Behinderung und fragt, woran es bei dem fehlenden Spatenstich-Termin hapern würde und ob die Politik bei dem seit Jahren drängenden Thema etwas machen könne.

Herr Gausmann erklärt, dass es konkrete Planungen der Träger geben würde, aber sowohl im Investorenmodell als auch im Eigenbetriebsmodell die Finanzierungen nicht abgesichert werden könnten. Der durchschnittliche Kreditzins liege derzeit bei 4 %.

Auf die Frage von Frau Dr. Hovestadt zu dem in Rede gewesenen Antonius-Quartier (die ehemalige Antoniuschule) erwidert Herr Gausmann, dass dieses sich im städtischen Eigentum befindet.

3. Einwohnerfragestunde

Es gibt keine Einwohnerfragen.

4. Informationen aus dem Integrationsrat

Frau Dursun gibt an, dass die Sitzung des Integrationsrates auf den 3. Mai 2023 verschoben worden sei.

5. Informationen aus dem Beirat für Menschen mit Behinderung

Herr Meier gibt an, dass der Beirat für Menschen mit Behinderung am 24. April 2023 tagen werde.

Wie er im Vorfeld berichtet habe, werde die Feststunde zu dem 40-jährigen Bestehen des Beirates für Menschen mit Behinderung am 17. Mai 2023 um 17:00 Uhr stattfinden. Jede interessierte Person sei herzlich willkommen und könne sich unter der E-Mail-Anschrift j.raade@rheine.de anmelden.

6. Informationen aus dem Seniorenbeirat

Frau van Es gibt an, dass ebenfalls noch keine Sitzung stattgefunden habe und die nächste am 15. Mai 2023 stattfinden werde.

7. Informationen aus dem Familienbeirat

Herr Bögge informiert, dass der Familienbeirat im März 2023 getagt habe:

- Es seien Gespräche mit dem Seniorenbeirat und eventuell der Stadtschüler(innen)vertretung geplant, um gemeinsam einen Markt der Möglichkeiten mit verschiedenen generationsübergreifenden Angeboten durchzuführen.
- Der Familienbeirat habe zusammen mit der Familienbildungsstätte zum Herbst vor, einen Obstverwertungstag vorzubereiten. Menschen mit privaten Obstgärten könnten diese für andere ohne eigene Obstgärten öffnen, um ihnen den Zugang zu nicht benötigtem Obst zu ermöglichen.
- Ebenfalls für den Herbst werde ein Walderlebnistag für Familien geplant, um Kindern die Natur näher zu bringen.
- Weiterhin seien sie beim Runden Tisch im Gespräch, wie es mit dem Familienpass weitergehen solle.
- Die Aktion der „gelben Füße“ zur Schulwegsicherung für Kinder sei ihnen nach wie vor wichtig, damit diese informiert würden, wo sie mit dem Fahrrad oder zu Fuß gefahrloser eine Straße überqueren könnten.

8. Beteiligungsprozess Mitte51 - Trägermodell ab 2024 Vorlage: 141/23

Frau Dr. Hovestadt und Herr Gausmann informieren, dass am nächsten Dienstag die sozialpolitischen Sprecher(innen) der Fraktionen, die Vorsitzende des Sozialausschusses und die Verwaltung zusammen tagen werden, um einen Auftrag für die Verwaltung zu formulieren, in welche Richtung sie die Vorlage entwickeln solle.

Herr Abendroth von der WohnBund-Beratung NRW GmbH stellt seine Präsentation vor (**Anlage 3**).

Auf die Frage von Frau Floyd-Wenke antwortet Herr Abendroth, dass zuerst die Nutzer(innen) in den Workshops gefragt worden seien, wie sie sich einen Beitrag vorstellen würden. Verschiedene Beispiele seien vorgetragen worden; für eine detaillierte Ausarbeitung sei jedoch ein weiterer Workshop erforderlich.

Auf die Frage von Herrn Hewing antwortet Herr Abendroth, dass mit der Fertigstellung der neuen Gebäudeteile zusätzliche Aufgaben hinzukommen würden. Eine stärkere Einbindung des Ehrenamtes und die Ausstattung der hauptamtlichen Struktur mit mehr Stunden erachte er als sinnvoll und würde einen Mehrwert mit sich bringen. Zudem würde dieses dazu beitragen, dass das Haus stärker mit dem Stadtteil verknüpft werde.

Frau Homann-Eckhardt lobt das Team und das gute Konzept in der Mitte⁵¹ sowie die gut durchgeführten Workshops. Gute Leistungen könnten aber auch von anderen Hauptamtlichen als die Stadt Rheine, wie z. B. einem freien Träger, erbracht werden. Sie würde gern hinterfragen, wie die Kosten und die Vor-/Nachteile aussehen würden.

Aus der Diskussion wird deutlich, dass die anderen Fraktionen die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamt als hervorragend bezeichnen und sie die Stadt Rheine als Trägerin mit bis zu 10 Mehrstunden beibehalten möchten.

Frau Lücke befürchtet, dass auf Dauer nicht genügend Ehrenamtliche zu finden seien.

Herr Mersch denkt, dass aus der Generierung von Ehrenamtlichen zu Hauptamtlichen eine Chance bestehen könne. Die Ehrenamtlichen würden sich mehr einbringen, und das Café könne zu einem Treffpunkt werden.

Frau Dursun äußert, dass im Stadtteil Schotthock für die Zugewanderten mit Migrationshintergrund ein Begegnungszentrum fehlen würde, welches einem anderen Träger überlassen werden könne.

Herr Ortel erinnert an die nächsten Haushaltsberatungen und die schwierige Situation bei den freiwilligen Leistungen.

Herr Gausmann erklärt, dass die beiden Workshops bewusst ergebnisoffen gehalten worden seien. Bei einem anderen Ergebnis sei vielleicht ein weiterer oder anderer Workshop (z. B. mit unterschiedlichen Organisationsmodellen) durchgeführt worden. Die eine oder andere heutige Fragestellung werde die Verwaltung für das Gespräch am Dienstag mitnehmen.

Herr Abendroth informiert, dass er im ersten Workshop gemerkt habe, dass ein Trägerwechsel keine gewünschte Richtung sei. In dem Abschlussbericht seien beispielhaft mit Vor- und Nachteilen verschiedene Trägerformen aufgeführt.

Beschluss:

1. Der Sozialausschuss nimmt den Abschlussbericht der Wohnbund-Beratung NRW GmbH zur Entwicklung einer Trägerstruktur für das Begegnungszentrum Mitte⁵¹ zur Kenntnis.
2. Der Sozialausschuss beauftragt die Verwaltung, in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses einen Umsetzungsvorschlag vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Vorstellung der Wohnungsgesellschaft Rheine GmbH Vorlage: 147/23

Die beiden Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Rheine GmbH, Herr Müller und Herr Isfort, stellen ihre Präsentation (**Anlage 4**) vor.

Frau Dr. Hovestadt gibt an, dass das Stadtbild im Dorenkamp positiv von der Wohnungsgesellschaft geprägt werde.

Auf die Fragen von Herrn Meier antwortet Herr Isfort, dass die beiden rollstuhlgerechten Wohnungen in der Eschendorfer Aue der erste Versuch gewesen seien. Aufgrund der baulichen Maßstäbe seien die barrierefreien Wohnungen nicht für rollstuhlgerechte Wohnungen vorbereitet worden, auch nicht bei den Türbreiten. Die Nachfrage auf die beiden rollstuhlgerechten Wohnungen, für die ein Wohnberechtigungsschein erforderlich sei, sei gering gewesen. Es gebe Überlegungen, beim nächsten Mal rollstuhlgerechte Wohnungen frei finanziert zu bauen.

Herr Müller ergänzt, dass eine der rollstuhlgerechten Wohnungen vier Monate leer gestanden habe.

Auf die Frage von Frau Dursun antwortet Herr Müller, dass für die Organisation von E-Fahrrädern kein Verleihgeschäft gefunden worden sei. Die Verleihung des Autos werde über die Verkehrsgesellschaft organisiert.

Herr Ortel gibt an, dem Vortrag viel Positives entnommen zu haben. Er bezieht sich auf das Gemeinschaftsprojekt am Auen Carre und lobt, dass durch fachliche Kompetenz, Erfahrung und Kreativität Kosten eingespart worden seien.

Herr Hewing schließt sich dem an; er sei von der Entwicklung der letzten 40 Jahre beeindruckt. Er fragt, wie die Situation bezüglich der hohen Baukosten aussehe und die Erfahrungen bei der Durchmischung von gefördertem und nichtgefördertem Wohnbau sei.

Herr Müller antwortet, dass noch eigene Grundstücke mit Gebäuden in abreißfähigem Zustand vorhanden seien, wodurch Kosten eingespart werden könnten. Diese Wohnungen würden noch als Übergangwohnheim genutzt. Bezüglich der Durchmischung könne er wenig sagen, da das Gebäude am Starenweg erst zum 1. Mai 2023 bezogen werde.

Herr Isfort ergänzt, dass die Ausstattungen der geförderten und ungeförderten Wohnungen am Auen Carre identisch seien und sich lediglich in der Lage und Größe unterscheiden würden. Dieses sei durch die Mischkalkulation möglich geworden. In den nächsten Wochen stehe ein Gespräch beim Kreis Steinfurt und Land bezüglich der Förderprogramme und Zinsentwicklung für den geförderten Wohnungsbau an.

Auf die Frage von Frau Dr. Hovestadt erwidert Herr Müller, dass die ersten Wohnungen mit einer 20-Jahres-Bindung im Jahr 2003 gebaut worden seien; die meisten Wohnungen erst in 2019/2020.

Bezogen auf die vielen mit öffentlicher Förderung gebauten Wohnungen, fragt Frau Dr. Hovestadt nach der Entwicklung der Warteliste im Wohnungsmarkt in Rheine und ob die Wohnungsgesellschaft Wohnungen und Kitas in anderen Stadtteilen bauen würde.

Herr Müller nennt einige eigene Grundstücke; überwiegend in Dutum. Rodder Damm 100/102 sei ein Standort, an dem 15 öffentlich geförderte Wohnungen entstehen könnten.

Frau Dr. Hovestadt äußert, dass das Interview zum Sozialbericht deutlich gemacht habe, dass die Objekte ökonomisch auf „knapper Kante genäh“ seien. Sie fragt, welche Unterstützung von Politik/Rat nötig sei, um die Arbeit gut fortzusetzen.

Herr Isfort äußert, dass die Unterstützung des Rates der Stadt Rheine und der Verwaltung gut sei. Es gebe die Eigenkapitalzuführung, damit die Finanzierungen bei den Banken funktionieren würden. Entscheidender seien die Fördergelder von Land und Bund.

Herr Gausmann ergänzt mit einem Beispiel: Bei einem Prozentsatz von 0,5 und 1 % könne der Kita-Bau mit den Mieten, die das Land zur Verfügung stelle, auf 20/25 Jahre refinanziert werden. Bei dem derzeitigen Zinssatz von 4 % werde nach 30 Jahren ein Defizit von zwei bis drei Millionen Euro produziert.

Beschluss:

Der Sozialausschuss der Stadt Rheine nimmt die Ausführung zu der Wohnungsgesellschaft Rheine GmbH zur Kenntnis.

10. Jahresbericht 2022 - SGB XII
Vorlage: 140/23

Frau Gehrke informiert unter anderem, dass die Stadt Rheine gegenüber den Anspruchsberechtigten eine gesetzliche Beratungsverpflichtung habe. Das heiße, es werde nicht nur über die zur Verfügung stehenden Sozialleistungen beraten, sondern darüber hinaus würden Hinweise, z. B. über die Beantragung eines Schwerbehindertenausweises, Leistungen der Krankenkasse usw., gegeben. Anders als im SGB XII (Grundsicherung im Alter und Erwerbsminderung) sei es im SGB II (Grundsicherung für Arbeitsuchende – Bürgergeld) geregelt, wo z. B. die Selbsthilfe der Betroffenen einen sehr viel höheren Stellenwert einnehme.

Die Kurve der Fallzahlenentwicklung (Seite 3) flache leicht ab, gehe aber dennoch weiter nach oben. Die Alterspyramide für Rheine (Seite 4) zeige die demografische Entwicklung deutlich. In den kommenden Jahren werden die geburtenstarken Jahrgänge die Altersgrenze von 65 Jahren und 11 Monaten überschreiten und voraussichtlich für steigende Zahlen sorgen. 43 aus der Ukraine geflüchtete Personen seien wegen erreichter Altersgrenze im Sozialleistungsbezug SGB XII. Im SGB II liege die Zahl aktuell bei 899 Hilfeempfängern.

Eine Herausforderung stehe für die in diesem Jahr ausgelaufenen Corona-Sonderregelungen im SGB II und XII für nicht angemessene Mietkosten an. Im Bereich der Grundsicherung würden derzeit etwa 10 Personen in zu teuren Wohnungen leben. Hier werde durch Beratung und Unterstützung auch mit Blick auf die gesundheitliche Situation versucht, den Wohnraum zu erhalten oder eine Alternative zu finden. Der Jahresbericht im Mai werde höhere Zahlen ausweisen.

Frau Eggenkämper fragt, wie die Stadtverwaltung bezüglich Quadratmeter oder Grundmiete mit dem Ermessensspielraum umgehen würde.

Frau Gehrke antwortet, dass die Stadt Rheine an dem vom Kreis genehmigten Konzept gebunden sei, welches die Quadratmeterkosten definiere. Jeder Einzelfall werde hinsichtlich der Haushaltssituation genau betrachtet. Für Personen, bei denen ein Umzug aus gesundheitlichen oder wirtschaftlichen Gründen nicht möglich sei, gebe es Möglichkeiten die Umzugskosten gegenzurechnen und einen Verbleib in der Wohnung zu ermöglichen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den SGB XII Jahresbericht 2022 zur Kenntnis.

11. 2. Sachstandsbericht Sozialmaßnahmen
Vorlage: 139/23

Herr Gausmann informiert, dass sich die Energiemangellage mit der Befürchtung von kalten Wohnungen glücklicherweise nicht so zugespitzt habe und die zur Verfügung gestellten Wärmeinseln ehr zurückhalten genutzt worden seien. In der Mitte⁵¹, im Zentrum St. Antonio, in der Tafel, der Suppenküche und den Einrichtungen der Jugendarbeit sei der/die eine oder andere Besucher(in) gesehen worden, der/die sonst unabhängig einer Energiemangellage über die Feiertage zu vereinsamen drohte. Das Thema „Vereinsamung“ müsse unabhängig von den Sozialmaßnahmen näher angeschaut werden. Aus dem 100.000-Euro-Härtefallfonds sei bisher ein Antrag bewilligt worden, weitere seien im SGB II in der Klärung. Die Verwaltung schlage vor, den Fonds auf 20.000 Euro zu reduzieren. Für die eine oder andere Maßnahme gebe es auch den Stärkungspakt des Landes.

Auf die Frage von Herrn Hewing informiert Herr Gausmann, dass die in der Vorlage genannten Finanzierungsschwerpunkte durch eine Arbeitsgruppe der Verwaltung nach den detaillierten Richtlinien des Landes festgelegt und ihm im Juni 2022 vorgelegt worden seien. Es habe kaum politischen Gestaltungsspielraum gegeben, und eine politische Beteiligung sei nach den Richtlinien nicht vorgesehen; informiert werde natürlich. Über eine große Maßnahme, dem Ferienpass, werde in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses informiert.

Frau Floyd-Wenke spricht mehrere Punkte an:

- Sie möchte zu der 10.000-Euro-Fördersumme für die Rheiner Tafel konkreter erfahren, wieviel Prozent für Lebensmittel und wieviel für anderes ausgegeben worden sei. Zudem möchte sie wissen, ob und in welcher Höhe die Rheiner Tafel eine Unterstützung vom Kreis Steinfurt erhalten habe, und wofür diese verwendet werde.
- Sie fragt, ob es neben den zwei Einzelpersonen, die sich auf dem Härtefallfonds (jobcenter) beworben haben, was wenig sei, weitere Anfragen gegeben habe und ob es sich bei dem gewährten Antrag in Höhe von 2.853,94 Euro um einen privaten oder gewerblichen Antrag gehandelt habe.
- Die Mitte⁵¹ habe in ihrer Funktion als Begegnungszentrum auch für Seniorinnen und Senioren und einsame Menschen eine wichtige Rolle. Dieses solle beim Sozialplan Alter mitberücksichtigt werden.
- Die Besucherzahlen der Suppenküche, die von den Sommermonaten zum Ende des Jahres 2022 von 17 auf über 20 Besuchende pro Tag angestiegen seien, bezeichne sie als verschwindend gering.
- Zu dem Finanzierungsschwerpunkt beim Stärkungspakt NRW für „krisenbedingte Ausweitung des Beratungs- und Unterstützungsangebotes für wohnungslose Menschen“ mit 70.000 Euro sagt sie, dass das schon einmal mit Personal gefördert worden sei. Sie möchte wissen, wieso es noch einmal draufstehen würde.
- Bezüglich der 50.000 Euro für die krisenbedingte Ausweitung von Beratungsangeboten fragt sie, welche Krisen und Kosten angesprochen würden.
- Bezüglich der 92.000 Euro für die krisenbedingte zusätzliche Förderung von BuT-Leistungsempfängern möchte sie wissen, ob diese schon vorher gefördert worden seien, ob Erfahrungswerte vorliegen würden und was gefördert werde. Der Ferienpass für alle, zu dem die Informationen im Jugendhilfeausschuss folgen würden, sei eine gute Idee.
- Bei den Verwendungen aus dem Stärkungspakt NRW fehle ihr eine ausreichende Berücksichtigung der Seniorinnen und Senioren. Sie schlägt vor, im Nachhinein nicht verwendete Mittel dafür einzusetzen.

Frau Gehrke antwortet, dass bei der Rheine Tafel, wie es für die Förderung von der Stadt Rheine festgelegt worden sei, 90 % der Ausgaben für Lebensmittel und der Rest für die Ehrenamtsförderung verwendet worden seien.

Bei dem Härtefallfonds, für die Übernahme von hohen Nachzahlungskosten, die das SGB II geboten habe, habe es keine weiteren Anfragen gegeben. Wie in der Vorlage dargestellt, seien die Sozial-Hotline geschaltet und die Träger und Beratungsinstitutionen bis hin zur Verbraucherberatung informiert worden. Durch das sparsame Wirtschaften der Sozialleistungsempfänger(innen) hätten viele ein Guthaben erstattet bekommen, welches leider verrechnet werden müsse.

Bei dem Härtefallfonds zur Vermeidung von Gas-/Stromsperrungen sei mit den Stadtwerken ein Kommunikationsaustausch vereinbart worden, damit die Verwaltung bei Fällen, die über diesen Härtefallfonds zu regeln wären, frühzeitig informiert werde. Bisher habe die Kommission verwaltungsintern aus dem Härtefallfonds für einen Privathaushalt mit neun Kindern und einer prekären Wohnungssituation etwas über 2.500 Euro eingesetzt.

Bezüglich der Verteilung der Mittel aus dem „Stärkungspakt Armut“ sei es richtig, dass die Stadt Rheine eine Förderung der Fachstelle Wohnraumsicherung über das Land NRW erhalte. Eine notwendige Beratung solle zusätzlich gefördert werden. Der Jahresbericht der sozialen Einrichtungen zeige, dass die psychischen Erkrankungen bei Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen zugenommen hätten. Häufig seien die sozialen Einrichtungen die erste Anlaufstelle, die eine Verweisberatung an die entsprechenden Fachberatungsstellen organisiere. Da zum Beispiel das Kremer-Haus mit einer Notübernachtung kein adäquates Angebot bieten könne, solle hier die personelle Ressource befristet ausgeweitet werden.

Sie schlage hier eine Brücke zum Wohnungsangebot, wo eine Fachkraft für Immobilienwirtschaft beschäftigt werden solle, die Wohnungslose und von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen dabei unterstütze, neuen Wohnraum zu finden. Die Stelle soll als Modellvorhaben über diesen Stärkungspakt finanziert werden.

Der Punkt „krisenbedingte Ausweitung von Beratungsangeboten“ beziehe sich auf die Schuldnerberatung. Der Betrag sei noch in der Prüfung und deshalb vorläufig. Freie Träger hätten die Möglichkeit gehabt, einen Antrag zu stellen, um von den Stärkungspaktmitteln zu profitieren.

Bei dem Punkt „krisenbedingte Mehraufwendungen für Betriebs- und Raumkosten, die nicht durch vertragliche Regelungen abgegolten sind“ seien insbesondere die Begegnungsstätten und -treffs für Seniorinnen und Senioren mit gemeint, soweit diese nicht über die städtischen Zuschüsse abgegolten seien.

Herr Gausmann informiert, dass es sich bei dem Punkt „krisenbedingte zusätzliche Förderung von BuT-Leistungsempfängern“ um Personen handele, die knapp über der BuT-Grenze liegen würden und somit keine BuT-Leistungsempfänger(innen) seien. Wenn Schulleitungen zum Beispiel erkennen würden, dass die Teilnahme einer Schülerin/eines Schülers an einer Klassenfahrt aufgrund der derzeitigen finanziellen Situation nicht möglich sei, würde die Stadt Rheine dieses durch den Fonds übernehmen.

Im November 2022 seien im Jugendhilfeausschuss vorausschauend die Leistungen für Transferleistungsempfänger(innen) im Rahmen der Jugendfreizeiten von 4,50 auf 9,00 Euro erhöht worden. Daraus ergebe sich die Möglichkeit, die Kosten in diesem Jahr teilweise über den Härtefallfonds zu refinanzieren und den städtischen Haushalt ein bisschen zu entlasten.

Auf weitere Fragen von Frau Floyd-Wenke und Frau Dr. Hovestadt zu den Klassenfahrten, erwidert Herr Gausmann, dass dieses angemessen über die Schulleitungen kommuniziert werde, damit diejenigen profitieren, die profitieren könnten. Für die Jugendfreizeiten gelte Ähnliches, um jeder Person eine Teilnahme zu ermöglichen. Mit dem „Ferienpass für alle“ solle es allen Kindern ermöglicht werden, unabhängig von ihren finanziellen Rahmenbedingungen an allen Ferienpass-Aktionen teilzunehmen. Dieses würde nach Außen sehr offen kommuniziert.

Frau Berkmann antwortet als Kreistagsmitglied auf die Frage von Frau Floyd-Wenke zu den Tafelmitteln des Kreises. Es stehe ein Gesamtbetrag von 48.000 Euro zur Verfügung. Es sei mit allen sechs Tafeln im Kreis einvernehmlich besprochen worden, dass dieser unabhängig von der Anzahl der Hilfesuchenden aufgeteilt werde, so dass jede Tafel 8.000 Euro bekomme. Sie ergänzt, dass diese Mittel aus dem NRW-Paket herausgenommen worden seien.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt den 2. Sachstandsbericht zu den Sozialmaßnahmen zur Kenntnis.

12. Benennung von Mitgliedern im Seniorenbeirat
Vorlage: 148/23

Frau Berkmann schildert, dass früher zusammen mit der Politik auf eine genaue Mitgliederverteilung im Seniorenbeirat (Gruppierung, Alter, Geschlecht, Strukturen, usw.) geachtet worden sei. Ihr sei diese Vorlage nicht transparent genug. Sie beantragt, die Vorlage zu verschieben, damit die Verwaltung dieses – ggf. auf dem kleinen Dienstweg bei dem Treffen in der nächsten Woche bezüglich der Begegnungsstätte Mitte⁵¹ – aufarbeiten könne.

Herr Gausmann erläutert, dass es in den letzten Jahren nicht unüblich gewesen sei, dies auf Vorschlag des Seniorenbeirates zu machen; das werde im Beirat für Menschen mit Behinderung und Familienbeirat auch so gemacht. Es spreche nichts dagegen, die Informationen für das Gespräch am Dienstag aufzubereiten und eine neue Vorlage für den 31. Mai 2023 zu fertigen.

Frau Berkmann informiert, dass in der Presse immer mal wieder über die Suche nach Aktiven für die Arbeit in den diversen Beiräten berichtet werde. Jede Vereinigung hätte die Möglichkeit, Personen zu benennen, welche teilhaben und aktiv werden möchten; ein offenes und transparentes System, worüber sich sämtliche interessierte Personen bewerben könnten, damit eine gute Besetzung der Beiräte hergestellt werden könne.

Beschluss:

Die Vorlage wurde abgesetzt. Sie kommt für den 31. Mai 2023 neu auf die Tagesordnung.

13. Anfragen und Anregungen

Frau Floyd-Wenke gibt an, dass der Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbandes herausgekommen sei. Sie schlägt vor, dass die Verwaltung für eine der nächsten Sitzungen die Zahlen von NRW auf Rheine herunterbreche und die wesentlichen Informationen zusammenfasse.

Zudem bittet sie, die Kindergrundsicherung als Thema auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen zu nehmen, um die Haltung der Fraktionen zu besprechen.

Auf die weitere Frage von Frau Floyd-Wenke antwortet Frau Ellenberger, dass sich der Arbeitskreis Sozialbericht nach der Sozialkonferenz noch vor den Sommerferien das erste Mal treffen werde und sie aufgenommen worden sei.

Ende des öffentlichen Teil: 19:23 Uhr

Dr. Gertrud Hovestadt
Ausschussvorsitzende

Andrea Atrott
Schriftführerin

